



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

großen Menge der dauernd im Ausland ansässigen Volksgenossen soll die Bücherei durch sorgsam ausgewählten Lesestoff Unterhaltung und Belehrung bieten, vor allem aber die Liebe zur Heimat, zu deutscher Sprache und Sitte erhalten und stärken. In der gleichen Richtung liegt das, was die Bücherei den Angehörigen des fremden Volkes, die an deutsche Sprache und Kultur Anlehnung suchen wollen und sollen, zu bieten hat: auch sie müssen in der Bücherei das Beste finden, was die deutsche Literatur ihnen geben kann, um ihnen eine richtige Vorstellung von deutschem Wesen und deutscher Kultur zu vermitteln und so das Herrbild, das in der über den ganzen Erdball massenhaft verbreiteten angelsächsischen und romanischen Literatur von uns Deutschen entworfen ist, richtig zu stellen.

Nicht alle Aufgaben, die den Bibliotheken aus der Berücksichtigung des Auslandsdeutschtums erwachsen, lassen sich von heut auf morgen lösen, und manche Maßnahme müssen wir vielleicht auf bessere Zeiten verschieben. Aber vergessen wir nicht, daß trotz dem Friedensschluß der geistige Kampf gegen uns von unseren Feinden mit derselben Unerbittlichkeit und Rücksichtslosigkeit geführt wird wie der Kampf der Waffen, und daß sie unter anderem in den besetzten Gebieten durch Verbreitung deutschfeindlicher Literatur das Deutschtum — wie es scheint, nicht ohne Erfolg — herabzusetzen bemüht sind. Dagegen gilt es den Abwehrkampf zu organisieren, und je eher wir alle geistigen Kräfte hierfür mobil machen, um so besser ist es. Mögen auch die Bibliotheken sich so bald wie möglich auf diesen Kampf einstellen durch Fühlungnahme mit den Auslandsdeutschen, Pflege der Literatur über das Auslandsdeutschtum und intensive Beteiligung an der deutschen Kulturpropaganda.



Weltspiegel

Die Politik Rumäniens. Im November 1919 fanden zum ersten Male im jungen Groß-Rumänien Parlamentswahlen statt. Das Ergebnis war in mehrfacher Beziehung bedeutungsvoll: In den alt-rumänischen Gebietsteilen erlitt die liberale Regierungspartei Bratianus eine vollständige Niederlage. Bisher hatte die Regierung in Rumänien die Wahlen „gemacht“. Mit Hilfe des gesamten Beamtenapparates schuf sich die Regierung ein ihr genehmes Parlament. Diese alte Erscheinung fiel nun fort. Die Mehrheit des Volkes stimmte gegen die Regierung oder enthielt sich gemäß der Wahlparole der Opposition der Wahl. Die Opposition selbst war durch das Ergebnis überrascht. Zensur und Belagerungszustand hatten ihr fast jede Agitation unmöglich gemacht. Noch bedeutungsvoller war es, daß keine der historischen Parteien Alt-Rumäniens in den neu erworbenen Provinzen Fuß gefaßt hatte. Siebenbürgen, Besarabien und die Bukowina entsandten eigene Nationalparteien ins Bukarester Parlament.

Die Folgen der Wahlen waren der Rücktritt General Baitoianus, des Strohmanns Bratianus, und die Berufung eines Führers der siebenbürgisch-rumänischen Nationalpartei, Baiba Woevods, zum Ministerpräsidenten. Baiba Woevod, ein außerordentlich gewandter und tüchtiger Parlamentarier, hatte von Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seine einzige Stütze war die sichere parlamentarische Mehrheit, zu der auch die Deutschen Siebenbürgens gehören. Die alte Oligarchie, der König, das Hauptquartier, die höheren Offi-

ziere und Beamten sowie der altrumänische Großgrundbesitz standen ihm zuerst als heimliche, später als offene Gegner gegenüber. Die Nachgiebigkeit Baida Woevods gegenüber der Entente, die Unterzeichnung des Friedens von St. Germain, wogegen Bratianu sich lange gekräubt hatte¹⁾ gaben den Liberalen wirksame Agitationswaffen in die Hände. Dazu kam, daß das Parlament, die Stütze Baida Woevods, selbst auf schwachen Füßen stand. Die Parteien, die Wahlenthaltung geübt hatten, stritten ihm jegliche Existenzberechtigung ab.

Während der Ministerpräsidentschaft Baida Woevods hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusehends verschlechtert. Die Versuche, im Auslande die für die Ordnung der Staatsfinanzen nötigen Gelder zu finden, führten zu keinem Ergebnis, da die Gegenforderungen auf Entnationalisierung der rumänischen Industrie hinauskiefen. Amerikanische Geldgeber verlangten, daß die Ausbeutung der Bodenschätze, insbesondere die ganze rumänische Petroleumherzeugung einem amerikanischen Finanzkonzern übertragen werde. Die rumänische Valuta ist noch tiefer gefallen. Die Valutaspekulation sowie die in ausgedehntem Umfange betriebene heimliche Ausfuhr von Lei-Noten ins Ausland haben zum Kurssturz wesentlich beigetragen. Der Lei hat jetzt kaum ein Zehntel des Friedenswertes. Die Handelsbilanz hat sich stark zuungunsten Rumäniens verschoben. Die Produktion liegt danieder. Die Unzufriedenheit ist allgemein. Die Teuerung ruiniert den schon an sich in Rumänien recht schwach vertretenen Mittelstand. Arbeitsunlust und die Unmöglichkeit, in ausreichender Weise Rohstoffe zu importieren, lassen die Industrie nicht emporkommen. Streiks folgen auf Streiks. Die Arbeiterschaft wird radikalisiert. Der Aufbau der Verkehrsstraßen, die der Krieg vernichtete, schreitet nur langsam vorwärts. Das Eisenbahnwesen ist vollständig zusammengebrochen. Es fehlt zwar nicht an Material, aber die Eisenbahnangeestellten arbeiten nur gegen Sonderbezahlung. In Siebenbürgen, wo die Eisenbahner zum großen Teil Magyaren sind, wird der Verkehr von diesen sabotiert. Die Güterzüge bleiben voll beladen monatelang auf den Bahnhöfen stehen. Kommen sie endlich am Bestimmungsort an, so sind sie zum großen Teil ausgeplündert. Größere industrielle Werke haben sich eigene Lokomotiven und Züge gekauft, um ihre Waren und Rohstoffe zu befördern und ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Das Vermieten von Lokomotiven und Waggons ist gang und gäbe. Heizmaterial muß auf Schiebungswegen besorgt werden. Die Regierung steht den Verhältnissen machtlos gegenüber. Sie versucht deshalb einen neuen Weg zu gehen. Sie hat sich an Österreich gewandt, wo bekanntlich ein großer Überfluß an Eisenbahnangestellten herrscht. Österreich soll sich bereit erklärt haben, 500 Eisenbahner Rumänien zu leihen. Die Verkehrsnot wirkt auf Lebensmittelverteilung und -Erzeugung ein. In den Städten Alt-Rumäniens herrscht Lebensmittelnot. Siebenbürgisches Getreide kommt nur langsam dorthin. Auf den Straßen nach Bukarest und anderen größeren Städten sieht man lange Züge von Bauernfuhrwerken, die den Güter- und Personentransport übernommen haben und die Eisenbahn ersetzen. An und für sich scheint es ja sehr erfreulich, daß man sich auf diese Weise hilft. Der Nutzen wird jedoch durch den Schaden nicht nur aufgewogen, sondern bei weitem überboten. Wenn die Bauern neben dem Transport ihre gewöhnliche Tätigkeit fortsetzten! In Rumänien liegen vier Fünftel des Bodens unbestellt. Die Aussaat des Wintergetreides ist unterblieben. Die Bauern haben nur soviel Sommergetreide angebaut, um ihren eigenen Bedarf zu decken. Der Herbst wird für Alt-Rumänien eine geradezu furchtbare Ernährungskrise mit sich bringen, wenn bis dahin nicht umfassende Gegenmaßnahmen getroffen sind. Ein Schicksal, das Rumänien schon jetzt hätte erleiden müssen, wenn nicht deutsche Soldaten vor ihrem Rückzuge 1918 den Boden bestellt hätten. Diese Erscheinung beschränkt sich glücklicherweise auf Alt-Rumänien. In Siebenbürgen und den übrigen neugewonnenen Landesteilen ist das Land wie gewöhnlich bebaut.

¹⁾ Siehe Rumänien von Menenius, Grenzboten Nr. 48 vom 28. Mai 1919.

Unter der Regierung Baida Woevods wurde in Altrumänien wie in Siebenbürgen und Besarabien die Demobilisierung der Truppen nicht durchgeführt, wodurch viele Bauern ihrer Arbeit entzogen wurden. Hier wie dort hat der Staat die landwirtschaftlichen Erzeugnisse vielfach ohne ausreichende Entschädigung requiriert. Hier wie dort sind die Rechts- und Besitzverhältnisse auf dem Lande ungeklärt. Eine Agrarreform ist zwar mit geringen Abweichungen für alle Gebiete votiert. Der Widerstand der Bojaren hat jedoch ihre Durchführung unter der Regierung Baida Woevods verhindert. Sogar ihr Inhalt stand in Frage. Abänderungen waren geplant. So kann man verstehen, daß der bisher geknechtete halbfreie Bauer Altrumaniens seine Arbeit liegen läßt. Der alte Druck der Großgrundbesitzer ist beseitigt, die Freude an der eigenen Scholle kann nicht aufkommen, denn keiner weiß, ob und wann das Land ihm gehört, das er bisher unter Knutenhieben bestellt hat. Das Mißtrauen des Altrumänen ist wohl berechtigt. Die bisherigen Regierungsparteien haben ihm gegenüber sich große Fehler zu Schulden kommen lassen. Die Agrarreform wurde jahrzehntelang im Wahlkampf verheißt, nach den Wahlen vergessen.

Die Bevölkerung Siebenbürgens setzte mehr Vertrauen in die Regierung Baidas, der ja ihr Vertrauensmann war. In Besarabien ist die Durchführung der Agrarreform ebenfalls erleichtert, da die Großgrundbesitzer hier nicht den Einfluß auf die rumänische Verwaltung ausüben wie in Altrumänien. So geht in den neuen Provinzen die Landarbeit ruhig weiter.

Die traurige innerpolitische Lage hat ihren Eindruck auf das kulturell höher stehende Siebenbürgen nicht verfehlt. Die Unzufriedenheit der Siebenbürger-Rumänen mit der Bukarester Verwaltung, die Gegensätzlichkeiten gegen die Rumänen des Königreiches haben zugenommen. Autonomistische Wünsche und Pläne tauchen in Siebenbürgen auf. Ungarische Nachrichten wollen hieraus den Wunsch Siebenbürgens nach Wiedervereinigung mit Ungarn herauskonstruieren. Dies ist vollkommen irrig. Es müßte schon sehr weit kommen, wenn die Maßnahmen Bukarests die Rumänen Siebenbürgens in die Arme Ungarns zurück trieben.

Baida Woevod ist diesen Schwierigkeiten schließlich zum Opfer gefallen. Er vermochte die Zersekung nicht einzudämmen. Immerhin hat er einige positive Erfolge während seiner Ministerpräsidentenschaft aufzuweisen. In Paris und London hatte er die Anerkennung der Zugehörigkeit Besarabiens zum großrumänischen Reich durchgesetzt. Die Westmächte haben sich nicht länger der Erkenntnis verschließen können, daß durch ihre bisherige Haltung die Stellung Rumaniens gegenüber dem Bolschewismus bedeutend erschwert wurde. Baida Woevod ist es ferner gelungen, die Botschafterkonferenz dahin zu bringen, die annähernden ungarischen Gegenanschläge zum Frieden von Neuilly für haltlos und unberechtigt zu halten. Es scheint ihm ferner gelungen zu sein, für die ungarischen Ersatzansprüche für die rumänischen Requisitionen in Ungarn eine befriedigende Lösung zu finden. Er hat auch die bolschewistische Gefahr für den Augenblick gebannt. Er hat Friedensverhandlungen mit Moskau aufgenommen, die allerdings noch zu keinem Abschluß gekommen sind. Damit hat er den Bolschewistenfreunden in Rumänien ein gutes Agitationsmittel entzogen. Er hat erreicht, daß die Unruhe an der besarabischen Grenze durch rote Truppen aufgehört hat. Dies ist um so wichtiger, als das rumänische Heer immer unzuverlässiger wird. Die Soldaten, die zum Teil schon über sechs Jahre ihrem Beruf entzogen sind, wollen entlassen werden. Die Disziplin läßt nach, viele Offiziere haben ihre Autorität verloren.

In Baida Woevods Stelle ist General Averescu getreten. Er scheint der beliebteste Politiker im heutigen Rumänien zu sein. Seine Berufung hat begeisterte Zustimmung besonders bei den kleinen Bauern gefunden. Er ist der Führer der erst vor kurzem gegründeten Volksliga. Sein provisorisches Kabinett besteht aus Männern seiner Partei. Sein Programm ist demokratisch. Er erkannte die Novembervahlen und damit das bisherige Parlament nicht an. Seine erste Regierungstat war deshalb die Auflösung des Parlaments.

Die Neuwahlen werden voraussichtlich im Mai stattfinden. Ob er dann über eine Parlamentsmehrheit verfügen wird, hängt davon ab, ob er seine Volkstüchtigkeit erhält, mehrt und auch in den neuen Provinzen Anhänger gewinnt. General Averescus Lage ist dadurch schwierig, daß er mit den historischen Parteien zusammengehen muß. Gelingt es ihm nicht, einen scharfen Trennungsschrich gegen die alten Parteien, insbesondere gegen die stark kompromittierte Partei Take Jonescus zu ziehen, so kann sich die Volksgunst leicht von ihm ab und Männern wie Lupu und Jorga, den Feinden der alten Parteien, zuwenden. Wichtig ist es, welche Erfolge er bis zu den Wahlen mit seiner Politik hat. Die politische Erbschaft, die er übernommen hat, ist nicht beneidenswert. Er muß scharf durchgreifen und energisch seinen Willen durchsetzen. Daß er dazu entschlossen ist, beweist die sofortige Demobilisierung der Armee. Dadurch werden die großen Ausgaben eingeschränkt, Tausende von Bauern werden der Arbeit wieder zugeführt. Die Macht der Militärpartei, die Baida Woevod unendliche Schwierigkeiten gemacht hat, wird vielleicht gebrochen. Doch damit ist erst der erste Schritt getan. Die endgültige Regelung der Agrarfrage, die Behebung der Korruption, die Sanierung der Finanzen, Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Amnestie für die zahlreichen von der Militärdiktatur Verurteilten usw. sind die nächsten dringendsten Aufgaben der inneren Politik. Hierbei kommt es auf schnelle Lösung an, denn jeder Tag des Zögerns vermehrt die Schwierigkeiten, vermindert die Möglichkeit, eine Lösung zu finden.

In der Außenpolitik gilt es, Frieden mit Rußland und Ungarn zu schließen und die allgemeine außenpolitische Stellung Rumäniens neu zu orientieren. Rußland gegenüber wird er sich beeilen, zum Abschluß des Friedens zu kommen. „Friede mit Rußland“ ist nicht nur sein altes Lösungswort, sondern auch die Sehnsucht der Menge. Rußlands Bedingungen lauten nach unverbürgten Pressenachrichten: Anerkennung der Sowjetrepublik, Begnadigung aller rumänischen Deserteure, die sich in Rußland aufhalten, Bezahlung aller russischen Heeresgüter in Besarabien. Hierfür will Rußland den rumänischen Goldschatz ausliefern und die Rechte Rumäniens auf Besarabien anerkennen. Daß die Verhandlungen gemeinsam mit Polen geführt werden, wie es ursprünglich geplant war, ist fraglich. Der russisch-polnische Gegensatz erscheint tiefer als der russisch-rumänische. Nach einem etwaigen Abschluß des Friedens ist die bolschewistische Gefahr keineswegs überwunden. Bolschewistische Gedanken haben über Besarabien genug Einlaß ins Innere Rumäniens finden können.

Der Friede mit Rußland ist eng verknüpft mit der zukünftigen Stellung Rumäniens zu den Westmächten. Besonders Frankreich steht den Friedensverhandlungen entgegen. Es wird sich zeigen, ob die alten Fäden nach Paris noch halten, ob Frankreich den rumänischen „kleinen Bruder“ im Osten noch beizuhelfen kann. Die Ereignisse der letzten Jahre haben in Rumänien das alte französische Freundschaftsgefühl zum mindesten erheblich abgekühlt. Frankreich hat allzu oft im Verein mit seinen Verbündeten die rumänischen Wünsche enttäuscht. Selbst Bratianu, der während des Krieges mit der Entente durch dick und dünn ging, wendet sich jetzt sehr scharf gegen die Westmächte. Er hat den Vertrag vom 6. August 1916 abgeschlossen, der Rumäniens Geschick fest an das Kriegsglück der Entente band. Rumänien hat jedoch vergeblich auf die versprochene Hilfe der Saloniki-Armee, auf die Unterstützung Rußlands gewartet. Zum Dank dafür, daß Rumänien 800 000 seiner Soldaten opferte, ist der Vertrag vom 6. August 1916 durch die Friedensverträge von Neuilly und St. Germain gebrochen. Die früheren Verbündeten ersetzen die versprochene Grenze gegen Ungarn durch die sogenannte Clemenceau-Linie, die für Rumänien erheblich ungünstiger ist. Sie teilten das Banat und schufen einen latenten Gegensatz zu Jugoslawien. Die versprochene Wirtschaftshilfe ist ausgeblieben. Statt dessen wurde die wirtschaftliche Lage Rumäniens geschädigt. Der Artikel 14 des St. Germainer Friedensvertrages beschränkte die Freiheit Rumäniens, Handelsverträge abzuschließen. Die Friedenskonferenz regelte die Donaufrage zuun-

gunsten Rumäniens. Die Kontrolle über die Donauschiffahrt wurde einer Donaukommission übertragen, in der die Großmächte das entscheidende Wort sprechen. Rumänien wird als Nation „mit begrenzten Interessen“ betrachtet und bleibt in der Donauverwaltung ohne Einfluß. Da es in seiner wirtschaftlichen Entwicklung von diesem Fluß in hohem Grade abhängig ist, so ist es in wirtschaftliche Abhängigkeit von den Großmächten geraten.

Ohne in den Fehler übermäßiger politischer Kombinatorik zu verfallen, läßt sich das Bild der außereuropäischen Lage dahin zusammenfassen: Rumänien wird den Standpunkt einer splendid isolation, den es in den Herbstmonaten vorigen Jahres einnahm, nicht aufrechterhalten. Es stellt nicht mehr die unbezweifelte Militärmacht Südosteuropas dar. Ungarns kleine Armee ist jetzt sehr tüchtig und kann unter Umständen eine Gefahr für Rumänien bedeuten. Deshalb muß und wird Rumänien sich mit den Mächtekonstellationen auseinandersetzen, die sich aus dem europäischen Wirrwarr herausbilden. Je mehr Rumänien von den Westmächten sich abwendet, umso mehr muß die Stimmung für Deutschland an Boden gewinnen. Die Gründe sind einmal wirtschaftlicher Art. Die Kaufmannschaft strebt Handelsbeziehungen mit Deutschland an. Die schwache deutsche Valuta scheint dies Bemühen zu begünstigen. Im Volke werden die Kriegsgefangenen, die aus Deutschland zurückgekehrt sind, für die deutsche Sache. Sie haben in Deutschland zuerst erfahren, was es heißt, Mensch zu sein und nicht nur mit Prügel zur Arbeit getrieben zu werden. Schließlich hat auch die energisch-durchgreifende deutsche Militärverwaltung gerade bei den Bauern den Eindruck gerechter Sachlichkeit und Unbestechlichkeit zurückgelassen; kleine Ansätze, dem Deutschen auch gefühlsmäßige Sympathien zu erwerben.

Gerhard Merrem



Drinne und draußen

Der „Bund der Auslandsdeutschen E. B.“ auf sich selbst gestellt war früher jeder Deutsche, der ins Ausland ging. Des Reiches Schutz war gering, ja sein Interesse war so gering, daß es all den Deutschen die Staatsangehörigkeit absprach, welche die Erfüllung einer bestimmten Formalität unterließen. Auch bestanden oft genug, zum Schaden beider Teile, Gegensätze zwischen den Auslandsdeutschen und den Vertretern des Reiches im Ausland.

Auf sich selbst gestellt blieben die Auslandsdeutschen. Kraftvoll, eigenwillig, oft eigenbrödlisch von Natur, neigten sie wenig zum Zusammenschluß. Wohl gab es im Ausland Vereine und Klubs der Deutschen an den einzelnen Orten; aber selten, daß eine Organisation sich über ein Land spannte; und niemals bestand eine, die sich über die ganze Erde erstreckte. Zu sehr

waren die Blicke auf die eigenen, zu wenig auf die gemeinsamen Interessen gerichtet; das selbst bei eben den Auslandsdeutschen, die doch Anspruch machten auf freieren Blick und weiteren Horizont. So kam es, daß die allgemeinen Fragen, die alle Reichsdeutschen im Ausland angingen, nicht von diesen selbst in Gemeinsamkeit erfaßt und behandelt wurden; vielmehr waren es Heimatsorganisationen, die sich dieser Fragen annahmen. Von der Heimat aus wurden die Auslandsdeutschen betreut, vor allem von dem „Verein für das Deutschtum im Ausland.“ Beschämend zu sehen: die kraftvollen, selbständigen Auslandsdeutschen, — sie standen nicht als Herren zur Behandlung ihrer eigensten Fragen, waren Gegenstand der Fürsorge der Heimat, waren nicht Subjekt einer eigenen, waren Objekt heimatischer Organisationen.